



NOlympia in Hamburg

Risiken der Bewerbung und Austragung Olympischer Spiele

Mehmet Yildiz | Özgür Yildiz

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	S. 3
Das IOC – Korruption und Intransparenz im Namen der Olympischen Bewegung	S. 4
Rückblick: Folgen der Olympischen Spiele für Austragungsorte	S. 5
München 1972	S. 5
Montreal 1976	S. 6
Barcelona 1992	S. 6
Atlanta 1996	S. 7
Athen 2004	S. 7
Peking 2008	S. 8
London 2012	S. 8
<i>Fazit</i>	S. 10
Die wahren Profiteure der Olympischen Ringe	S. 11
Das IOC – Milliardenprofite mit minimalem Einsatz	S. 11
Multinationale Konzerne und Finanzwirtschaft	S. 16
<i>Fazit</i>	S. 20
Hamburg reif für Olympia? Ein Ausblick	S. 20

Einleitung

Das Münchener Olympia-Projekt 2022 ist bei den Bürgerinnen und Bürgern durchgefallen: Im November 2013 stimmte die überwiegende Mehrheit der Menschen in den Gemeinden München, Garmisch-Partenkirchen, Berchtesgadener Land und dem Landkreis Taunusstein in einem Bürgerentscheid gegen die Bewerbung für die Olympischen Winterspiele.

Die Enttäuschung der regionalen Wirtschaftsvertreter und der lokalen Entscheidungsträger in Bayern war nicht zu überhören. Das Aus für die Münchener Olympia-Bewerbung stieß in Hamburg eine Debatte um eine erneute Kandidatur an, die insbesondere von der Arbeitgeberlobby, der Handelskammer, dem Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut und vom Senat forciert wird. Bereits kurz nach der Bekanntgabe des Scheiterns in München äußerte sich Hans-Jörg Schmidt-Trenz, Hauptgeschäftsführer der Handelskammer in Hamburg: „*Wir sind der Überzeugung, dass eine Bewerbung der Stadt, der Metropolregion und dem ganzen Norden einen großen Schub geben würde.*“¹ Seitdem wird – meist hinter verschlossenen Türen – über eine Bewerbung Hamburg für 2024 bzw. 2028 gerungen.

Vor dem Hintergrund der Diskussion um eine Bewerbung Hamburgs ist es notwendig, über die *ökonomischen Risiken* vor allem für die öffentliche Hand zu reden. Denn Olympische Spiele sind Großprojekte, die über Generationen Städte und Kommunen mit einem milliardenschweren Schuldenberg belasten und im schlimmsten Fall sogar in den Ruin treiben können. Die notorisch klammen öffentlichen Kassen, die durch das Festhalten am neoliberalen Prinzip des Wirtschaftens selbst herbeigeführt wurden und durch unvernünftige deutsche Prestigeprojekte wie die Elbphilharmonie, das Desaster um den Berliner Flughafen oder Stuttgart 21 weiter in Mitleidenschaft gezogen werden, müssen mit Bedacht kalkulieren. Nicht umsonst haben in Folge der Wirtschaftskrise Städte wie Rom und Toronto aus Kostengründen ihre Kandidaturen für die Olympischen Sommerspiele 2020 zurückgezogen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Frage nach der *sportpolitischen Nachhaltigkeit*. Während ein erheblicher Sanierungsstau bei Hallen- und Sportflächen in Hamburg existiert und kleine und mittlere Vereine unter prekärsten Umständen um Sportflächen und -zeiten ringen, ist eine Zunahme der „Eventisierung“ besonders im Sport zu beobachten: Große, prestigeträchtige und kostenintensive Sportevents, oft als Public-Private-Partnership-Projekte (PPP) organisiert, haben Konjunktur und sind für die privaten Organisatoren ein gewinnträchtiges Geschäftsfeld, die darüber hinaus als Fläche für PR und Marketing nützlich sind.² Dass diese Veranstaltungen für den Breitensport in der Regel keine positive Wirkung haben, wird meist unter den Teppich gekehrt. Dies gilt umso mehr für internationale Großveranstaltungen wie Europa- und Weltmeisterschaften oder eben die Olympischen Spiele. Daher ist es umso wichtiger, Wünsche nach Austragung dieser Events zu hinterfragen: Denn das knappe Gut Geld, das massenweise in die Bewerbung und Austragung solcher Veranstaltungen fließt, wird langfristig für den Breitensport fehlen.

Erfahrungen zeigen zudem, dass Olympische Spiele einen weitgehend nachteiligen Effekt auf die *soziale Teilhabe* der jeweiligen Bevölkerung haben: Mietsteigerung, Gentrifizierung und soziale Segregation sind nicht selten eine Folge sowohl vor als auch nach den Spielen. Auch der Aspekt der *Umweltverträglichkeit* wird mitunter heftig kritisiert. Sommerspiele, insbesondere aber Winterspiele haben in der Vergangenheit gezeigt, dass mit Olympia beträchtliche Umweltschäden einhergehen.

¹ Hamburger Abendblatt vom 12.11.2013

² Ein gutes Beispiel dafür sind Sportveranstaltungen wie Vattenfall Cyclassics oder der HASPA-Marathon.

Das IOC – Korruption und Intransparenz im Namen der Olympischen Bewegung

Die modernen Spiele wurden 1894 als Wiederbegründung der antiken Festspiele in Olympia gegründet und sollten dem sportlichen Vergleich für die Weltjugend sowie der Völkerverständigung dienen. Seit 1994 alternieren Winter- und Sommerspiele im zweijährigen Rhythmus.

Der Gedanke der Olympischen Spiele als ein sportliches Ereignis von Menschen unterschiedlichster Herkunft, die im Wettbewerb um Medaillen ringen und sich in verschiedenen Disziplinen miteinander messen, klingt erst einmal hehr. Völkerverständigung und der sportliche Wettstreit wider eine Kultur von Krieg und Rassismus sind aus sozialistischer Sicht durchaus zu begrüßen. Dass sich die Olympischen Spiele allerdings zu einem Event entwickelt haben, der besonders für nationale und internationale Unternehmen und Sponsoren – und besonders für das IOC – ein Geldsegen ist, wird seltener thematisiert. Selbst bis tief in die Versicherungs-, Finanz- und Spekulationsbranche reicht die Strahlkraft Olympias.

Im Zentrum der Olympischen Bewegung steht das Internationale Olympische Komitee mit Sitz in Lausanne (IOC). Die Hauptverantwortung des IOC liegt in der Betreuung und Mitorganisation der Sommer- und Winterspiele, der Auswahl der Austragungsorte und der beteiligten Sportarten. Das IOC besteht aktuell aus 134 Personen aus verschiedenen Ländern, regelhaft sind Aristokraten, Honoratioren und Akademiker Mitglieder, seltener aktive und im Ruhestand befindliche Sportlerinnen und Sportler. Unter dem IOC stehen die 204 Nationalen Olympischen Komitees (NOC), die die olympische Bewegung auf nationaler Ebene repräsentieren und organisieren. In Deutschland wird die Funktion vom deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) als Dachorganisation des Sports übernommen. Es zählt ca. 27 Millionen Mitgliedschaften in mehr als 91.000 Sportvereinen. Darunter befinden sich jeweils 16 Landesportbünde, 62 Spitzenverbände sowie 20 Sportverbände mit besonderen Aufgaben.

Seit seiner Gründung 1894 ist das IOC massiver Kritik ausgesetzt. Vielfach wurde bemängelt, dass das IOC zu zaghaft gegen Doping vorgeht. Den Höhepunkt erreichte die Kritik am IOC 1998, als öffentlich wurde, dass mehrere IOC-Mitglieder vom Organisationskomitee der Winterspiele 2002 in Salt Lake City bestochen wurden, um bei der Wahl des Austragungsortes für die US-Stadt zu stimmen. Dabei wurden mindestens 24 Stimmen von IOC-Mitgliedern gekauft.³ Schon seit längerem war der damalige IOC-Präsident Antonio Samaranch im Mittelpunkt der Kritik. Ihm wurde vorgeworfen, das IOC autokratisch zu führen und zu wenig gegen die ausufernde Korruption vorzugehen.⁴ Weiterhin sorgte das IOC für Schlagzeilen, als es durch die Vergabe der Winterspiele 2010 an Vancouver Mitverantwortung dafür trug, dass weite Teile der indigenen Bevölkerung aus der Peripherie vertrieben wurden und es zu katastrophalen sozialen und ökologischen Folgen kam: Unter anderem wurden für den Bau des Olympischen Dorfes 100.000 Bäume gefällt, die Immobilienpreise explodierten und die Obdachlosenzahlen verdreifachten sich binnen kürzester Zeit.⁵

Weiter sieht sich das IOC mit Vorwürfen konfrontiert, nicht objektiv mit Kritik umzugehen und die Meinungsfreiheit einzuschränken. So legte das IOC für die Sommerspiele in London

³ Kreuzer, Heinz: Götterdämmerung für Samaranch, in: Welt Online, 26. Januar 1999

⁴ Booth, Douglas: Gifts of Corruption? Ambiguities of Obligation in the Olympic Movement. In: Olympika: The International Journal of Olympic Studies Volume VIII, Kanada 1999

⁵ Seiller, Monika: No Olympics On Stolen Land! In: Coyote. Indianische Gegenwart, Januar 2010

2012 fest, dass eine Verlinkung der offiziellen Internetseite nur erfolgen darf, wenn die Olympischen Spiele nicht in einem „falschen, irreführenden, abfälligen oder sonst wie anstößigen Licht erscheinen [...]“.⁶

Rückblick: Folgen der Olympischen Spiele für Austragungsorte

Die Risiken einer Olympia-Austragung und ihre Folgen auf Finanzen, Infrastruktur, Umwelt und soziale Teilhabe werden seit langem kontrovers diskutiert. Eine allgemeingültige quantifizierbare Risikoanalyse wird dadurch erschwert, dass die Ausgangssituation der jeweiligen Bewerber- und Austragungsstädte mitunter sehr variiert: Viele Faktoren wie zum Beispiel das Vorhandensein bereits verfügbarer Sportstätten, die Akquise von privaten oder staatlichen Geldern, die Finanzlage der Stadt oder umweltpolitische Gegebenheiten spielen eine entscheidende Rolle und bedingen sich mitunter gegenseitig. Daher lassen sich mögliche Kosten einer Austragung für den Bewerber nur schwer beziffern. Bei einer Analyse, ob und wie sich Olympische Spiele auf die Austragungsorte auswirken, ist es daher notwendig, auf Erfahrungen in der Vergangenheit zurückzugreifen, um anhand dessen einen Überblick über die vielschichtigen Risiken zu geben.

Von unterschiedlichen Akteuren wird hervorgehoben, dass Olympische Spiele bei guten Voraussetzungen einen positiven nachhaltigen Effekt auf die Austragungsorte haben können. Als beispielhaft werden u.a. die Olympischen Spiele in München 1972 oder Barcelona 1992 angegeben, die insbesondere im Bereich der Stadtentwicklung und des Verkehrsinfrastrukturausbaus von der Austragung profitiert haben sollen. Diese positive Bilanzierung greift allerdings oftmals zu kurz, denn auch bei vermeintlich positiven Austragungen kommt es zu nachteiligen Wirkungen durch die Spiele selbst. Nachfolgend wird in einem Überblick anhand einer Auswahl an Austragungsstädten der jüngeren Vergangenheit gezeigt, welche Folgen Sommerspiele für die Olympiastädte haben können.

München 1972

Die Spiele in München 1972 werden als Paradebeispiel für eine gelungene Stadtentwicklung gesehen. Die Olympischen Spiele hätten die bayerische Landeshauptstadt binnen kürzester Zeit „in die Zukunft katapultiert.“⁷ Ein 1963 eilig erstellter Masterplan sah eine enge Verzahnung zwischen olympischen Infrastrukturmaßnahmen und stadtentwicklungspolitischen Zielen vor. Neben den olympiabedingten Maßnahmen wie dem Bau des Olympiaparks inklusive Olympiastadion wurde u.a. der Ausbau des U- und S-Bahn-Systems sowie des Hauptstraßen- und Autobahnnetzes vorangetrieben. Insgesamt wurden 4,2 Kilometer U-Bahn, 275.000 Quadratmeter Straßenfläche und 1000 Sozialwohnungen gebaut.⁸ Das Argument, dass München durch die Austragung wesentliche Stadtentwicklungsziele in sehr viel kürzerer Zeit als ursprünglich vorgesehen erreichen konnte, mündete 1973 mit dem Beginn der ersten Ölkrise in Ernüchterung. Die rasante Fahrt, die München im Zusammenhang mit den Spielen aufgenommen hatte, wurde dadurch deutlich gebremst. Die Kehrseite des kurzen Entwicklungsschubes war die Gentrifizierung bzw. Aufwertung ganzer Stadtteile. Steigende Immobilienpreise und Mieten führten zur Verdrängung weiter Bevölkerungsteile aus München. Bis heute sind die Konsequenzen auf dem Wohnungsmarkt zu spüren.⁹ Hinzu kamen Kostenexplosionen bei Baumaßnahmen; allein das Dach des

⁶ Vgl. Punkt 5 der Nutzungsbedingungen („Terms of use“) auf <http://www.olympic.org/london-2012-summer-olympics>

⁷ Dürr, Alfred: Die Spiele als Zeitmaschine. In: Süddeutsche Zeitung, 2. September 2012

⁸ Vgl. Jochen Vogel im Deutschlandfunk am 5. Juli 2011. Der ehemalige Münchener Oberbürgermeister lobt u.a. den Bau von 1000 Sozialwohnungen. Dabei ist diese Zahl selbst für damalige Zeiten verschwindend gering.

⁹ Dürr, Alfred: Die Spiele als Zeitmaschine. In: Süddeutsche Zeitung, 2. September 2012

Olympiastadions, ursprünglich mit 47,4 Millionen DM veranschlagt, kostete schließlich 172 Millionen DM.¹⁰ Auch finanziell sind die Nachwirkungen der Sommerspiele 1972 für München bemerkbar: Die Sanierung des Olympiaparks soll bis 2026 eine halbe Milliarde Euro kosten¹¹. Das Budget für die Spiele in Höhe von 992 Millionen DM wurde um fast eine Milliarde Mark überschritten (gesamt: 1,9 Mrd. DM). Insgesamt machte München 635 Millionen Mark Verlust.¹²

Montreal 1976

Ein besonders abschreckendes Beispiel der Olympischen Geschichte ist Montreal, das noch bis November 2006 die Schulden für die Austragung bezahlen musste. Den kalkulierten Kosten in Höhe von 120 Millionen Kanadischen Dollar (CAD) standen im Ergebnis 1,2 bzw. 1,8 Milliarden an tatsächlichen Kosten entgegen; was mindestens einer Verzehnfachung der Kosten entspricht.¹³ Neben der Fehlkalkulation kam hinzu, dass der kanadische Staat keine Steuermittel zum Ausgleich eines Finanzdefizits bereitstellte und die Last einseitig der Stadt Montreal und der frankophonen Provinz Quebec aufgebürdet wurde. Schon kurz nach Beginn der Baumaßnahmen wurde klar, dass die ursprünglich veranschlagten Kosten völlig aus dem Ruder laufen würden. Innerhalb weniger Jahre stieg die Inflationsrate auf etwa 40 Prozent, was die Baukosten erhöhte. Während Arbeiter wegen der steigenden Lebenshaltungskosten mit mehrwöchigen Streiks höhere Löhne forderten und die Realisierung der Sportstätten infrage stand, wurde auf fragwürdige Methoden zurückgegriffen. Unter anderem wurden die Arbeiter gerichtlich zur Arbeit gezwungen, um rechtzeitig fertig zu werden. Was neben den jahrzehntelangen Schulden für Montreal blieb, ist das – laut dem Forbes Magazine – zweit teuerste jemals gebaute Stadion der Welt, das bis heute weitere Millionen an Betriebs- und Instandsetzungskosten verursacht.¹⁴

Barcelona 1992

Barcelona gilt als weitgehend vorbildliches Beispiel einer „olympisch-städtebaulichen“ Entwicklung. Eingebettet in einen 50-Jahres-Entwicklungsplan aus dem Jahr 1976 setzte die Stadt eine schnelle und moderne Umgestaltung um. Die Stadt befand sich bereits vor dem Zuschlag für die Spiele 1986 in einem Sanierungsprozess und schaffte es dadurch, binnen kurzer Zeit große Infrastrukturmaßnahmen zu realisieren. Das dezentrale Entwicklungsmodell sah vor, vernachlässigte Gebiete für die Stadtbevölkerung zu reaktivieren, die Verkehrsinfrastruktur auszubauen und die Altstadt zu renovieren, hinzu kam der Bau und die Verteilung der Sportstätten auf das gesamte Stadtgebiet mit sinnvoller Nachnutzung. Das positive Fazit der Olympischen Spiele in Barcelona wird allerdings bei genauer Analyse getrübt. Die Gesamtkosten vom ersten Entwurf bis zum letzten Wettkampftag in Höhe von 5,5 Milliarden Euro wurden mit einer PPP-Konzeption weitgehend über Schulden finanziert. Lediglich ein Drittel konnte durch private Investoren eingenommen werden, so dass Barcelona erst 2007 die Schulden tilgen konnte.¹⁵ Durch die sich verschärfende Bodenknappheit und die höhere Nachfrage schossen die Miet- und Grundstückspreise zwischen 1990 und 1992 in die Höhe und es setzte ein Verdrängungsprozess ein, der durch Zwangsenteignung und Räumung sowie Abbruch von Gebäuden und Stadtvierteln verschärft

¹⁰ Maenning, Wolfgang: Zur Finanzierung und Budgetierung Olympischer Spiele, in: Kutschke, Frank: Ökonomie Olympischer Spiele, 2006

¹¹ Hamberger, Sylvia / Doering, Axel / Zängl, Wolfgang: Bewertung der geplanten Bewerbung für Olympische Winterspiele „München 2022“ durch das Netzwerk Nolympia, 5. August 2013

¹² Vgl. hierzu Maenning, Wolfgang: Zur Finanzierung und Budgetierung Olympischer Spiele, in: Kutschke, Frank: Ökonomie Olympischer Spiele, 2006

¹³ Höhmann, Ingmar: Olympia-Bewerbung treibt Wirtschaft an, in: Handelsblatt, 11. September 2009

¹⁴ Egan, Andrew: In Depth: Worlds Most Expensive Stadiums, Forbes Magazine, 8. Juni 2008

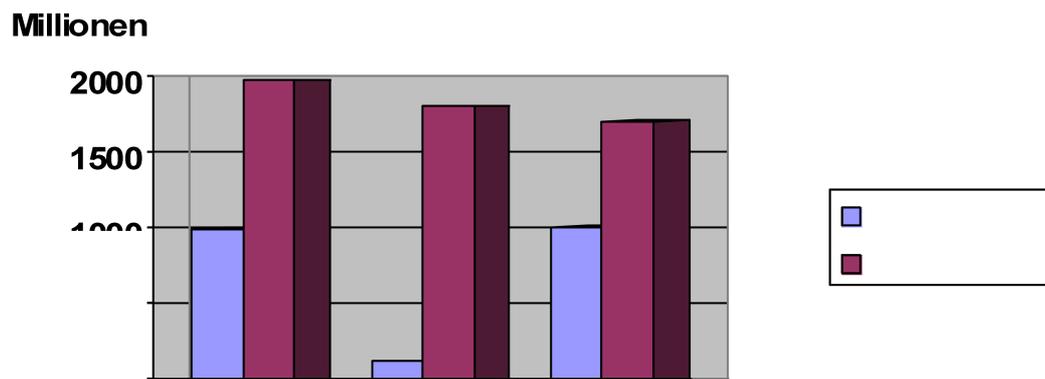
¹⁵ Dietrich, Tobias: Projekt, Event oder Marke: Die Planung der Festivalisierung

wurde. Vielfach wurde keine Rücksicht auf Kulturdenkmäler genommen, die der Sanierung zum Opfer fielen.¹⁶

Atlanta 1996

Die sogenannten Coca-Cola-Games¹⁷ gelten als die bisher am stärksten kommerzialisierten Spiele. Sie wurden weitgehend privat finanziert, so dass eine exzessive Verschuldung der öffentlichen Hand wie in der Vergangenheit weitestgehend ausblieb. Dennoch wurde das stattliche Budget von einer Milliarde US-Dollar um rund 700 Millionen überschritten. Der Sportstättenbau wurde zentral in einem Umkreis von 2,4 Kilometern vom Stadtzentrum angelegt, dem sogenannten „Olympischen Ring“. An vielen Stellen dieses Ringes wurden Wohnanlagen sozial schwacher, meist farbiger BewohnerInnen durch die Spiele verdrängt, um im Gegenzug Raum für lukrative Investitionen zu gewinnen und das Stadtgebiet sozial zu „bereinigen“. Flankiert wurde die Maßnahme durch die Verhaftung von 10.000 Obdachlosen innerhalb eines Jahres, um die „Attraktivität“ der Stadt während der Olympischen Spiele nicht zu gefährden.¹⁹

Abb. 1: Kalkulierte Kosten im Vergleich zum tatsächlichen Ergebnis für die Spiele in München, Montreal und Atlanta (Angaben in DM, CAD und USD)



Quelle: Eigene Recherche. Angaben zum Ergebnis stellen die tatsächlichen Gesamtkosten inkl. Bau- und Infrastrukturkosten dar. Abweichungen in der Kalkulation möglich, da Angaben zum Durchführungs- und Infrastrukturbudget nach Quellenlage nicht immer als Gesamtkosten deklariert sind.

Athen 2004

Das Ziel der Olympischen Spiele von Athen war eine Imageverbesserung und Qualitätssteigerung. Besonders hinsichtlich des Verkehrschaos, der Umweltverschmutzung und der wirtschaftlicher Stabilität erhoffte sich die griechische Hauptstadt wichtige Impulse für die Zukunft. Ein dezentrales Sportflächenkonzept mit Anordnung der olympischen Sportstätten über das gesamte Stadtgebiet machte es nötig, massiv in die Verkehrsinfrastruktur zu investieren, zumal Athen ohnehin in diesem Bereich schlecht

¹⁶ Engelhart, Mathias: Ereignisorientierte Stadtentwicklung am Beispiel der Olympischen Sommerspiele von Barcelona 1992, Gießener Zeitung, 18. Dezember 2012

¹⁷ In Anspielung auf die bis zur Spitze getriebene Kommerzialisierung und das Engagement privater Konzerne, von denen 400 ihren Sitz in der Hauptstadt und Wirtschaftsmetropole des US-Bundestaates Georgia haben, wurden die Spiele abfällig als Coca-Cola-Games bezeichnet. Weiter wird eine Rolle gespielt haben, dass Atlanta sportpolitisch unbedeutend ist und der Streit mit dem Mitbewerber Athen für die Austragung eskalierte.

¹⁸ Albers, Hans-Hermann: Bye, bye London 2012, in: Urbanophil – netzwerk für urbane kultur

¹⁹ 19. Juli 2006 – Vor 10 Jahren: Olympische Sommerspiele in Atlanta eröffnet, WDR.de-Archiv, abrufbar auf www.wdr.de

aufgestellt war. Neben einem neuen Flughafen wurden eine Ringautobahn und ein S- und Straßenbahnnetz gebaut, um die über die Stadt verteilten Sportstätten miteinander zu verbinden und eine bessere Erreichbarkeit zu gewährleisten. Da 70 Prozent der bestehenden Sportanlagen erneuert wurden und eine Nachnutzung aufgrund der mangelnden Popularität einzelner Sportarten wie z.B. Baseball ausblieb, entstanden so genannte „Weiße Elefanten“, die heute inzwischen teilweise verfallen. Athen ist seit der Austragung der Olympischen Spiele 2004, die zwischen sieben und 14,8 Milliarden Euro gekostet hat, am Rande der Zahlungsunfähigkeit. Die hohen Olympiaausgaben haben die ohnehin hohe gesamtgriechische Schuldenlast dramatisch erhöht.²⁰ Um planmäßig Anlagen im Anschluss in öffentliche Freizeit- und Parkanlagen umzuformen, blieb kein Geld.²¹

Peking 2008

Nach der nur knapp gescheiterten Bewerbung 1993 für die Millenniums-Spiele bewarb sich Peking erfolgreich für die Austragung der Olympischen Spiele 2008. Sie waren vor allem eine Demonstration von Superlativen und sind bis heute die teuersten Spiele der Geschichte. 2001 gingen die Organisatoren davon aus, dass zwei Milliarden Dollar ausreichen würden, um die nötigen Sportstätten auszubauen. Die Kostenschätzung wurde mehrfach in die Höhe korrigiert, so dass sie zwischenzeitlich mit 14,3 Milliarden Dollar angegeben wurde.²² Dem letztmalig kalkulierten Betrag von 26,6 Milliarden Euro (davon 23 Milliarden für Infrastruktur und 3,6 Milliarden für Organisation) stand am Ende ein tatsächlicher Betrag von 33 Milliarden Euro (44 Mrd. Dollar) entgegen. Schätzungsweise 30.000 Arbeiter, mehrheitlich aus armen, ländlichen Provinzen waren in den Bau der Sportstätten und Infrastrukturprojekte involviert. Zwar gingen die Organisatoren davon aus, dass alle Sportstätten spätestens Ende 2007 fertig gestellt sein würden, jedoch musste der Plan, bereits weit vor dem Beginn der Spiele fertig zu sein, wegen explodierender Kosten, Engpässen in der Stahlproduktion und technischer Probleme aufgegeben werden. Für den Bau der Olympiastätten wurden 3000 Familien zwangsumgesiedelt, was rund 155 Millionen Euro kostete.²³ Andere Quellen gehen sogar von 1,5 Millionen Zwangsumgesiedelten aus, die im Zuge der Olympischen Spiele vertrieben wurden.²⁴ Gesetzlich wurde u.a. festgelegt, dass bestimmte Personen während der Spiele von der Stadt fernzuhalten sind. Die für den Freizeit- und Erholungsbedarf geplante Olympic Green-Parkanlage wirkt trotz oder wegen der Größe von 700 Hektar heute völlig verlassen. Fataler ist die sportliche Nachnutzung der Sportanlagen: Sportveranstaltungen finden hier kaum noch statt, weil viele der Sportarten in China unpopulär sind.²⁵

London 2012

Auch die Londoner hatten einen hohen Preis für die Olympischen Spiele zu zahlen. Allein für die Bewerbung wurden 20 Millionen Euro fällig.²⁶ Für die Durchführung der Spiele wurde

²⁰ Haaß, Wolfgang: Die Profiteure der Ringe. In: die bank – Zeitschrift für Bankenpolitik und Praxis, abgerufen auf [http://www.die-bank.de/index.php?id=13&tx_ttnews\[tt_news\]=14461&cHash=a7ec597789043a4a4a82ec110d134500](http://www.die-bank.de/index.php?id=13&tx_ttnews[tt_news]=14461&cHash=a7ec597789043a4a4a82ec110d134500)

²¹ Albers, Hans-Hermann: Bye, bye London 2012, in: Urbanophil – netzwerk für urbane kultur

²² Olympia. Was Sommerspiele kosten, Handelsblatt online, abgerufen auf <http://www.handelsblatt.com/archiv/olympia-was-sommerspiele-kosten/2999546.html?slp=false&p=5&a=false#image>

²³ Baustelle Olympia 2008 – Architekturprojekte der Superlative. Abgerufen auf www.chinaseite.de/olympia-2008/nationalstadion.html

²⁴ von Hein, Mathias: Zwangsumsiedlung im Namen der Ringe. In: Deutsche Welle online, 13. Juni 2007. Die Zahl beruht auf den Aussagen von Jean du Plessis, Direktor des Zentrums für Wohnrechte und Vertreibung (COHRE).

²⁵ Albers, Hans-Hermann: Bye, bye London 2012, in: Urbanophil – netzwerk für urbane kultur

²⁶ Olympia zweimal gefragt. In: Wiener Zeitung, 12. Februar 2013

2005 mit 2,6 Milliarden Euro gerechnet (Bewerbung: 1,9 Milliarden)²⁷ Nicht in dieser Summe enthalten ist der Löwenanteil der Kosten für Neu- und Ausbau der Sportstätten, die gänzlich von der öffentlichen Hand zu tragen sind: Während man für diese Position 2,9 Milliarden veranschlagte, hat sich die Summe nach offiziellen Angaben auf 11,6 Milliarden nahezu vervierfacht. Andere Quellen gehen sogar von 14,8 Milliarden Euro aus.²⁸ Zudem wurde schon zur Zeit der Bewerbung mit weiteren 10,7 Milliarden für generelle Infrastruktur gerechnet, so dass man auf Gesamtkosten von 28,1 Milliarden Euro kommt. Für die Sicherheit mussten statt der geplanten 10.000 Sicherheitsbeamten 23.700 Personen abgestellt werden, darunter 7.000 Angehörige der Armee. Zum Einsatz kam auch ein Kriegsschiff der Royal Navy und ein Einsatzgeschwader der Royal Air Force – insgesamt wurde das Sicherheitsbudget auf etwa 639 Millionen Euro verdoppelt²⁹, nachdem das Sicherheitsunternehmen G4S nicht in der Lage gewesen war, die angeforderten zivilen Sicherheitskräfte bereitzustellen.³⁰ Besonders kritisiert wurde u.a. der um den Olympia-Park gebaute Elektrozaun, der allein rund 100 Millionen Euro kostete und in der Folge nicht mehr gebraucht wird. Mit weiteren 100 Millionen schlug die Eröffnungsfeier zu Buche.³¹ Zudem musste die britische Regierung eingestehen, dass der Steuerzahler für den Bau des Athletendorfes aufkommen muss. Anders als geplant hätte das australische Bauunternehmen Lend Lease eine Milliarde investieren sollen, konnte das Kapital allerdings nicht aufbringen. Auch das 400 Millionen Euro teure Medienzentrum musste – anders als geplant – vom Staat bezahlt werden.³² Wie schon an anderen Austragungsstätten kam es am Veranstaltungsort, dem Londoner Osten, mit teilweise ausbeuterischen Methoden zur Verdrängung von Mieterinnen und Mietern: Shelter, eine Wohlfahrtsorganisation für Obdachlose, berichtete im Februar 2012, Vermieter in der Nähe der Wettkampfanlagen im Osten Londons hätten Mietzinse erhöht oder Mietverträge mit neuen Klauseln versehen, mit denen die Mieter vor den Olympischen Spielen zur Aufgabe ihrer Wohnungen gezwungen würden. Monate später berichtete die BBC, Shelter lägen Beweise vor, wonach Vermieter skrupellos handelten und Bewohner illegal zur Räumung zwangen. Die BBC zitierte einen Immobilienmakler, wonach Wohnungen, die üblicherweise 350 Pfund pro Woche kosten, nun für 6000 Pfund pro Woche angeboten würden. Die potenziellen Profite hätten einige Vermieter dazu bewogen, Mieter äußerst kurzfristig zum Verlassen ihrer Wohnungen zu zwingen.³³ Die mittelstandsorientierten Planungen für die Aufwertung des Ostens im Zuge der Olympia-Austragung haben damit die Mieten überproportional steigen lassen und nachhaltige negative Wirkungen auf den sozialen Ausgleich im Bezirk Hackney Wick hinterlassen. In Bezug auf die ökologische Nachhaltigkeit wurde in einer von der Naturschutzorganisation WWF in Auftrag gegebenen Studie bemängelt, dass u.a. die neu errichtete Schwimmhalle eine „katastrophale Klimabilanz“ habe und es versäumt wurde, erneuerbare Energien einzusetzen. Auch die Abfallverwertung sei nur schwach organisiert.³⁴ Der vom damaligen Bürgermeister Ken Livingstone prophezeite „wirtschaftliche Aufschwung“, den London „seit der Blütezeit von Queen Victoria nicht mehr erlebt hat“, mündete schnell in Ernüchterung. Der erhoffte wirtschaftliche An Schub blieb aus, Hotels und Restaurants beklagten, dass die Einnahmen hinter den Erwartungen zurückblieben. Arbeitsmarktpolitisch hatten die Spiele nur kurzfristige positive Effekte; zahlreiche Bürgerinnen und Bürger Londons erhielten nur

²⁷ Haaß, Wolfgang: Die Profiteure der Ringe, in: die bank – Zeitschrift für Bankenpolitik und Praxis

²⁸ ebd.

²⁹ Thibaut, Mathias: Londoner halten Olympische Spiele für Geldverschwendung, in: Zeit Online, 4. Januar 2012

³⁰ Olympia-Heerlager: Militär prägt Bild vor London-Spielen, in: manager magazin online, abgerufen auf <http://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/a-844494.html>

³¹ Keine Medaille für britische Wirtschaft. Arte Journal, 12. August 2012

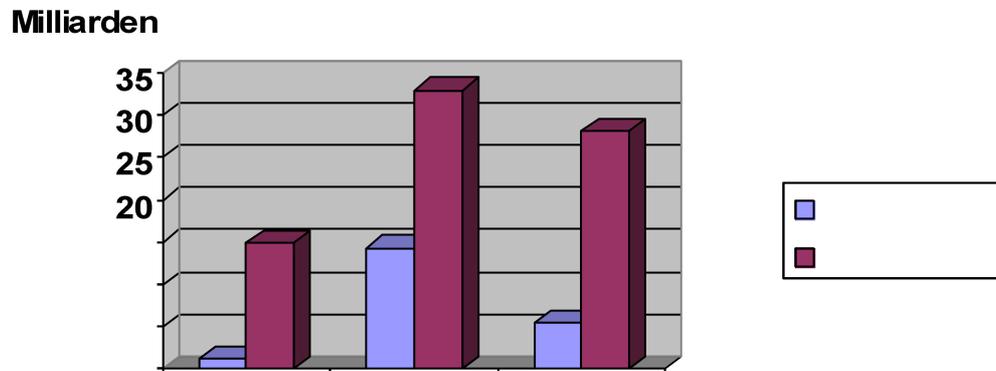
³² Höhmann, Ingmar: Olympia-Bewerbung treibt Wirtschaft an, in: Handelsblatt online, 11. September 2009

³³ Landlords ‚evicting tentans‘ to make Olympic profit. BBC, 8. Mai 2012

³⁴ Nachhaltigkeitsstudie: Towards a One Planet Olympics revisited, WWF

vorübergehend einen Job, so dass die kurze Erholung auf dem Arbeitsmarkt nicht nachhaltig ist. Experten vermuten zudem, dass gerade wegen der Spiele Touristen fern blieben.³⁵

Abb. 2: Kalkulierte Kosten im Vergleich zum tatsächlichen Ergebnis für die Spiele in Athen, Peking und London (Angaben in Euro)



Quelle: Eigene Recherche. Angaben zum Ergebnis stellen die tatsächlichen Gesamtkosten inkl. Bau- und Infrastrukturkosten dar. Abweichungen in der Kalkulation möglich, da Angaben zum Durchführungs- und Infrastrukturbudget nach Quellenlage nicht immer als Gesamtkosten deklariert sind.

Fazit

- Die Austragung der Olympischen Spiele hat in fast allen untersuchten Fällen einen negativen Effekt auf die Haushaltslage der Stadt und, wo involviert, des Landes. Die öffentlichen Schulden in Milliardenhöhe können zum Teil erst Jahrzehnte später getilgt werden.
- Die tatsächlichen Kosten übersteigen in allen Fällen bei weitem die kalkulierten Kosten.³⁶ In den seltensten Fällen reicht das Budget aus, teilweise gibt es Abweichungen von bis zu 1400 Prozent des kalkulierten Betrages.³⁷ Ursächlicher Grund hierfür sind Kostensteigerungen bei Baumaßnahmen.
- Mit der Austragung der Spiele steigt der Gentrifizierungsdruck. Der sozioökonomische Strukturwandel bestimmter städtischer Viertel sorgt dafür, dass besonders die Bevölkerung mit geringen und mittleren Einkommen aus angestammten Wohnverhältnissen verdrängt wird.

³⁵ Britische Wirtschaft von Olympia enttäuscht. Euronews online vom 15. August 2012

³⁶ Eine Studie der Universität Oxford vom Juni 2012 kommt zu dem Schluss, dass in den letzten 50 Jahren kein Ausrichter das ursprüngliche Budget eingehalten habe. Im Durchschnitt sind die Endkosten 179 Prozent höher als ursprünglich angenommen. Die Autoren kommen zum Schluss: „Eine Olympiade ist für eine Stadt oder ein Land eines der finanziell riskantesten Projekte überhaupt“ Vgl. Zängl, Wolfgang / Hamberger, Sylvia: Bisherige Erfahrungen mit Olympischen Winterspielen, abgerufen auf www.nolympia.de/grunde-gegen-olympia-2018/bisherige-erfahrungen-mit-olympischen-winterspielen/

³⁷ Montreal weist mit einer 1400 prozentigen Abweichung die größte Fehlkalkulation auf. Insgesamt ist darauf zu achten, ob tatsächliche Kosten wie verbucht bzw. bilanziert werden. Das IOC definiert zum Beispiel die Baumaßnahmen, die den großen Teil der Kosten für die Ausrichter ausmachen, nicht als reine Olympiakosten, sondern als „nicht olympiabedingte Investitionen“. Daher variiert die Quellenlage bezüglich der Angaben zu den Ausgaben.

- Olympische Sommerspiele sind mit der Zunahme von Umweltbelastungen verbunden – zwar nicht in dem Maße wie bei Winterspielen. Dennoch sind zum Beispiel zunehmende Verkehrsbelastungen vor und während der Austragungsphase nicht von der Hand zu weisen. Daran hat auch die zunehmende Tendenz, die Spiele mit dem Label „green olympics“ zu versehen, nichts wesentlich geändert.
- Die Nachnutzung der für die Olympischen Spiele errichteten Sportstätten gestaltet sich oft nachteilig. Bau und Betrieb insbesondere von Sportanlagen, die weniger populär sind, bergen das Risiko große, ungenutzte und mit Folgekosten verbundene „Weiße Elefanten“ zu hinterlassen. Zwar besteht die Möglichkeit des Rückbaus bzw. die Nutzung mobiler Baukomponenten, dies ist aber mindestens vor dem Gesichtspunkt der sportpolitischen Nachhaltigkeit fragwürdig.

Es lässt sich resümieren, dass jede Austragung der Olympischen Spiele mit Risiken und Nachteilen im Bereich Finanzen, Stadtentwicklung und sozialer Partizipation verbunden ist. Neben der teilweise immensen öffentlichen Verschuldung sind nahezu alle Olympiastädte mit Folgewirkungen konfrontiert, die den sozialen Frieden massiv beschädigen.

Die wahren Profiteure der Olympischen Ringe

Das IOC – Milliardenprofite mit minimalem Einsatz

In der Schweiz als gemeinnütziger Verein eingetragen, ist das IOC längst eines der größten privatwirtschaftlich finanzierten Unternehmen der Welt. Experten rechneten aus, dass die Marke „Olympia“ 2012 das zweitwertvollste Unternehmen der Welt ist, zwar hinter Apple, allerdings noch vor Google. Der Wert Olympias mit dem IOC an der Spitze betrug demnach 47,6 Milliarden US-Dollar.³⁸

Der Kern des Geschäftsmodells Olympia ist ein Franchise-Modell: Das IOC als Rechteinhaber erlaubt alle zwei Jahre (Winter- und Sommerspiele in zweijährigem Abstand) den Ausrichtern die „Nutzung“ der olympischen *brands*. Es beansprucht alle Rechte und olympischen Symbole wie Fahnen, Mottos, Hymne und die Spiele insgesamt. Hinzu kommen Sonderrechte, die in *Host-City-Contracts* (HCC) mit den Ausrichterstädten vereinbart werden. Allerdings ist der Begriff „Vereinbarung“ irreführend, denn bereits mit der Einreichung des ersten Bewerbungsdokumentes geht die Bekundung einher, das HCC zu unterschreiben – das verlangt die obligatorische Akzeptanz der Olympischen Charta, ohne die eine Bewerbung gar nicht erst möglich ist. Kern der HCC ist, dass potenzielle Ausrichterstädte verpflichtet werden, umfangreiche Garantien abzugeben. Beispielsweise müssen Ausrichter eine gesamtschuldnerische Haftung – in unbegrenzter Höhe – für sämtliche Verpflichtungen übernehmen. Diese Haftung gilt auch, wenn Schäden durch Dritte entstehen. Zudem fordert das IOC vollständige Steuerbefreiung bzw. die Übernahme sämtlicher Steuern durch den Gastgeber. Das IOC verlangt ferner, dass allen Akkreditierten ohne Formalitäten die Einreise erlaubt wird und MitarbeiterInnen der Spiele Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse erteilt und sie von sämtlichen Abgaben, Zöllen und Steuern befreit werden. Weitere Sonderrechte inklusive – u.a. Extra-Fahrspuren („Olympic Lanes“) zu allen Sportsstätten für Funktionäre und Ehrengäste und die Genehmigungspflicht des IOC für Einladungen oder Akkreditierungen an ausländische Gäste. Ohne vorherige schriftliche Genehmigung durch das IOC darf der Gastgeber keine mit den Spielen zusammenhängende Einladungen herausgeben oder Personen einladen, was einer Übertragung hoheitlicher Rechte an das IOC gleichkommt.

³⁸ Brands Finance: The Olympics ‚Brand‘ at USD \$47.6 billion, Pressemitteilung vom 18. Juli 2012

Überspitzt formuliert: Will Angela Merkel ihren Kollegen Francois Hollande zur Eröffnungsfeier einladen, muss sie das IOC um Erlaubnis fragen. Trotz massiven Einsatzes öffentlicher Gelder fordert das IOC Vertraulichkeit über den Inhalt der Verträge und geht insgesamt wenig transparent damit um.³⁹

Die politische Fragwürdigkeit der Verträge ist unbestritten. Hinzu kommt eine rechtliche Komponente: Das IOC verlangt von Staaten mit Bewerberorten bereits vor einer Bewerbung den Erlass eines *Olympiaschutzgesetzes*, um Begriffe wie „Olympia“, „Olympiade“ oder „olympisch“ markenrechtlich zu schützen. Obwohl diese Begriffe seit der Antike zum allgemeinen Sprachgebrauch gehören, werden Olympische Spiele gemäß einer Leitlinie des IOC nur an Länder vergeben, in denen ein gesetzlicher Rahmen vorhanden ist, der eine ausschließliche Vermarktung der Begriffe und Embleme zugunsten des IOC bzw. des jeweiligen NOK sicherstellt. Deutschland erließ 2004 das Gesetz vor der Bewerbung von Leipzig um die Olympischen Spiele 2012. Kritiker bewerten das Olympiaschutzgesetz als verfassungswidrig, weil es gegen das Rechtsstaatsprinzip verstößt und einseitig die kommerziellen Interessen des IOC bzw. der NOK bevorzugt. Diesbezüglich äußerte das Landgericht Darmstadt 2005 Bedenken hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit.⁴⁰ In einem weiteren Urteil vom Juni 2012 urteilte das Landgericht Kiel, dass die Werbung bestimmter Produkte mit Begriffen wie „Olympische Preise“ und „Olympia-Rabatt“ zulässig sei und olympische Bezeichnungen nicht per se gegen werbliche Nutzung geschützt werden dürfen.⁴¹ Das Oberlandesgericht in Schleswig hat diese Entscheidung aufgehoben und die Revision zum Bundesgerichtshof zugelassen. Der Bundesgerichtshof wird nun nicht nur prüfen, ob die Werbung mit „Olympischen Preisen“ und einem „Olympia-Rabatt“ tatsächlich gegen das OlympSchG verstößt, sondern auch, ob das OlympSchG als solches verfassungsgemäß ist.

Auszug aus dem Gesetz zum Schutz des olympischen Emblems und der olympischen Bezeichnungen („Olympiaschutzgesetz“ – OlympSchG)

§ 1 Gegenstand des Gesetzes

- (1) Gegenstand dieses Gesetzes ist der Schutz des olympischen Emblems und der olympischen Bezeichnungen.
(2) Das olympische Emblem ist das Symbol des Internationalen Olympischen Komitees bestehend aus fünf ineinander verschlungenen Ringen nach dem Muster der Anlage 1 (Olympische Ringe).
(3) Die olympischen Bezeichnungen sind die Wörter "Olympiade", "Olympia", "olympisch", alle diese Wörter allein oder in Zusammensetzung sowie die entsprechenden Wörter oder Wortgruppen in einer anderen Sprache.*

§ 2 Inhaber des Schutzrechts

Das ausschließliche Recht auf die Verwendung und Verwertung des olympischen Emblems und der olympischen Bezeichnungen steht dem Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland und dem Internationalen Olympischen Komitee zu.

Quelle: Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz

Im Auftrag der Gesellschaft für ökologische Forschung hat Prof. Gerrit Manssen 2011 ein Rechtsgutachten erstellt, das die Zulässigkeit des HCC anlässlich der Bewerbung Münchens für die Winterspiele 2018 untersucht.⁴² Er kommt darin zum Schluss, dass

³⁹ Hamberger, Sylvia / Doering, Axel / Zängl, Wolfgang: Bewertung der geplanten Bewerbung für Olympische Winterspiele „München 2022“ durch das Netzwerk Nolympia, 5. August 2013

⁴⁰ Urteil des Landgerichts Darmstadt, Aktenzeichen 14 O 744/04

⁴¹ Urteil des Landgerichts Kiel, Aktenzeichen 15 O 158/11

⁴² Manssen, Gerrit: Die verfassungs- und kommunalrechtliche Zulässigkeit des Abschlusses eines Host-City-Vertrages mit dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) durch die Landeshauptstadt München zur Durchführung der XXIII. Olympischen Winterspiele und der XII. Paralympischen Winterspiele 2018. Regensburg 2011

- einzelne Klauseln des HCC „rechtlich eigentlich grotesk“ sind. „Sie zeigt die monopolistische, unkontrollierte und unlegitimierte Stellung des IOC, die es der Organisation ermöglicht, Bewerberstädten Vertragsinhalte zu diktieren. [...] Die Stadt und im Hintergrund der Freistaat und der Bund übernehmen finanzielle Lasten in Milliardenhöhe. Der finanzielle Beitrag des IOC hingegen steht unter diversen Bedingungen, auf die die Stadt als Vertragspartnerin teilweise gar keinen Einfluss hat. Das IOC bestimmt die Höhe und den Zeitpunkt der Zahlung und knüpft diese daran, dass die Spiele zur vollständigen Zufriedenheit des IOC stattgefunden haben und die Stadt, das NOK und das Organisationskomitee (OK) alle Verpflichtungen vollumfänglich ausgeführt und eingehalten haben. Ein solches Ansinnen wird man als sittenwidrig einstufen müssen.“
- der HCV [HCC] ein „Knebelvertrag“ ist: „Der Vertrag lastet nahezu alle Risiken der Stadt an und gibt fast alle Rechte an das IOC.“⁴³
- „der Abschluss des HCV [HCC] durch die Stadt rechtswidrig wäre. Die Stadt würde sich außerhalb ihrer gesetzlich zugewiesenen Aufgaben und Kompetenzen bewegen.“
- dem Ziel einer erfolgreichen Olympia-Bewerbung das Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung als zentraler Bestandteil des Rechtsstaatsprinzips geopfert würde. „Eine Unterschrift unter den HCV durch den Oberbürgermeister würde die Stadt deshalb nicht binden.“

Eines der finanziell profitabelste Bereich für den IOC ist das Sponsoring. Unter der Bezeichnung *The Olympic Partner Programme* (TOP) vergibt das IOC die weltweiten Marketingrechte an den Spielen für eine Olympiade. Insgesamt neun bis zwölf Unternehmen und Konzerne bescheren so dem IOC milliardenschwere Erlöse. Im Olympiazzyklus 2009 – 2012 betrug der Beitrag der elf TOP-Sponsoren insgesamt 957 Millionen Dollar (2005 – 2008: 866 Millionen US-Dollar). Hinzu kommt ein weiteres Filetstück: Da das IOC die Rechte an Olympia hält, kann es durch die exklusive Vergabe der Übertragungsrechte auf dem Medienmarkt so richtig absahnen. Beispielsweise hat die US-Fernsehanstalt NBC Universal dem IOC für die Übertragungsrechte der Londoner Spiele 2012 satte 1,18 Milliarden Dollar überwiesen.⁴⁴

Nach eigenen Angaben verteilt das IOC 90 Prozent der Einnahmen an die 205 NOKs, 33 Weltsportverbände (IFs), das Internationale Paralympischen Komitee (IPC), die Paralympischen Organisationskomitees, die Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) und die jeweiligen Organisationskomitees der Olympischen Spiele (OCOGs).⁴⁵ Anzumerken ist, dass die OCOGs privatrechtlich organisiert sind und damit keiner Gemeinwohlorientierung unterliegen. Sie sind für die unmittelbare Durchführung der Spiele bis zur Schlussfeier verantwortlich und haben im Rahmen des Joint Marketing Programme eigene Einnahmequellen durch die Vergabe von Lizenzen, nationale Sponsoren und Eintrittskarten. Allein durch Vermarktungsrechte nahm das IOC im letzten Olympiazzyklus (2009 bis 2012)

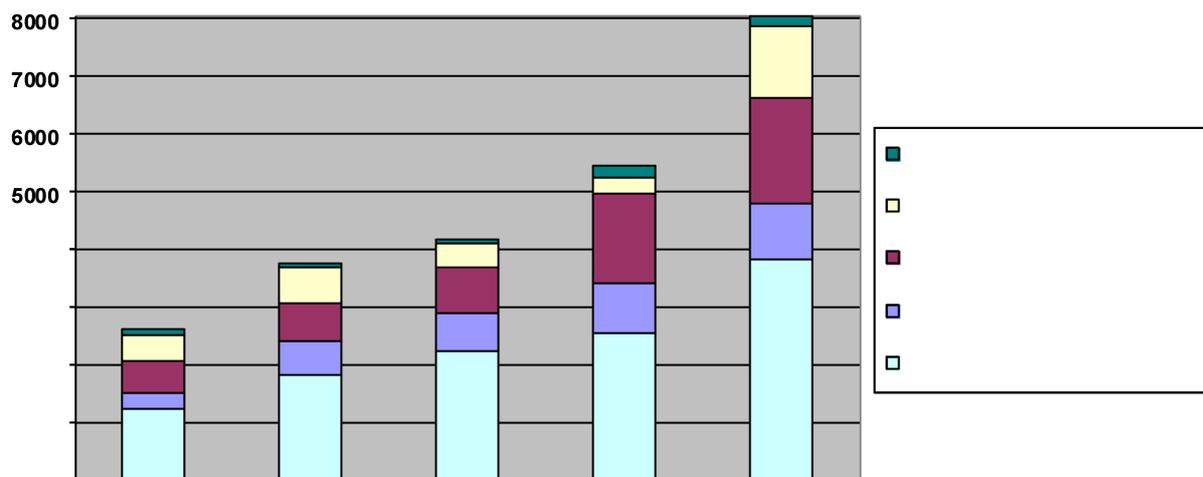
⁴³ Im Rahmen einer Prüfung des mit dem Münchener HCC vergleichbaren Vertrages kamen Juristen des Landes Salzburg, dass sich für die Austragung der Winterspiele 2014 bewarb, zu einer ähnlichen Bewertung. Vgl. hierzu Hamberger, Sylvia et al.: Bewertung der geplanten Bewerbung für Olympische Winterspiele „München 2022“ durch das Netzwerk Nolympia, 5. August 2013

⁴⁴ Kaufmann, Dirk: Das Spiel ums große Geld, in: Deutsche Welle, 26. Juli 2012, abgerufen auf <http://www.dw.de/das-spiel-ums-gro%C3%9Fgeld/a-16123300>. Der Autor kommt unter Bezugnahme des Sportökonom Henning Vöpel vom Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) zu folgendem Schluss: „Der erste Sieger der Olympischen Spiele steht bereits fest: Das IOC, der Veranstalter. Für Henning Vöpel kein Wunder, denn das IOC steht `am Ende jeder Austragung von Olympischen Spielen als Gewinner da`. Es kassiert von den Sponsoren und kann gleichzeitig die Infrastruktur-Investitionen dem Ausrichter überlassen.“

⁴⁵ Vgl. <http://www.olympic.org/ioc-financing-revenue-sources-distribution?tab=distribution>

bis zu 4,7 Milliarden Euro ein⁴⁶, insgesamt wird ein Gewinn von 5,8 Milliarden Euro ausgewiesen. Zum Vergleich: Die Bundesbank als Zentralbank der Bundesrepublik konnte im Vergleichszeitraum einen Gewinn von 7,6 Milliarden Euro erzielen. Rechnet man den Gewinn des vergleichsweise erfolgreichen Jahres 2009 (4,1 Milliarden Euro) heraus, hätte das IOC immerhin 2,3 Milliarden Euro mehr erwirtschaftet als die Zentralbank des viertreichsten Staates der Welt.⁴⁷

Abb. 3: Einnahmen des IOC aus Olympischen Spielen für ausgewählte Olympiazyklen (Angaben in Mio. US-Dollar)



Quelle: IOC. Nicht angegeben sind Einnahmen der NOKs.

Die perfide Geschäftspraxis des IOC wird besonders an den Vorgaben zur *Budgetisierung* deutlich. Grundsätzlich unterscheidet das IOC zwischen dem Durchführungsbudget (OCOG-Budget) und dem Infrastrukturbudget (NON-OCOG). Das OCOG-Budget umfasst die laufenden Einnahmen und Ausgaben der unmittelbaren Organisation der Spiele von der Eröffnungs- bis zur Schlussfeier. Im NON-OCOG-Budget werden alle olympiarelevanten und potenziell nachhaltig genutzten Investitionen abgebildet, die aus Sicht des IOC nicht unmittelbar mit den Spielen verbunden sind, d.h. zwar für die Spiele notwendig sind, aber danach anderweitig benutzt werden können. Ferner wird zwischen Maßnahmen differenziert, die nur bei einem Zuschlag für die Olympischen Spiele durchgeführt werden (u.a. Sportstätten, Mediendorf) und Maßnahmen, die auch ohne die Spiele realisiert werden sollen (z. B. Straßen- und Schienenbau). In zwei internationalen Bewerbungsphasen müssen potenzielle Gastgeber im ersten Schritt (Applicant City Phase) im sogenannten *Mini Bid Book* aktuell 25 Fragen des IOC beantworten und einen ersten Finanzierungsrahmen darlegen. Anschließend entscheidet das IOC Executive Board, welche Bewerberstädte in die zweite Runde (Candidate City Phase) kommen. Spätestens hier wird von Bewerbern verlangt, im weitaus detaillierteren *Bid Book* einen verlässlichen Finanzierungsplan über verschiedene Einnahmen und Ausgaben nach exakten Vorgaben des IOC darzulegen.⁴⁸ Die Vorgabe des IOC, sämtliche dauerhaften Kosten im NON-OCOG-Budget abzubilden bzw. zu verbuchen, kaschiert die finanziellen Belastungen für die Ausrichterstädte, zumal die im Vergleich zum OCOG-Budget verbuchten Kosten weitaus höher sind und somit eines deutlich höheren

⁴⁶ Haaß, Wolfgang: Die Profiteure der Ringe, in: die bank – Zeitschrift für Bankenpolitik und Praxis

⁴⁷ Gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt. Vgl. IWF: World Economic Outlook Database, Oktober 2013

⁴⁸ Vgl. Deloitte: Olympisches Wachstum. Die wirtschaftliche Entwicklung der Olympischen Winterspiele, 2009

Einsatzes öffentlicher Gelder bedürfen. Neben dem *OCOG-Etat* und dem *NON-OCOG-Etat* existiert allerdings ein weiterer, verdeckter Etat: Die *nicht-olympiabedingten Investitionen*, unter denen sich alle weiteren Kosten summieren lassen, die im Zuge der Olympiabewerbung angegangen werden, beispielsweise Infrastrukturprojekte oder Ausgaben für die Umgestaltung der Flächen in Freizeit- und Erholungsanlagen.

Während der OCOG-Etat in der Regel die im Vergleich niedrigsten Kosten verursacht, ist es der einzige Etat, der halbwegs mit Geldern vom IOC rechnen kann. Sollte die Kalkulation allerdings nicht aufgehen und die Ausgabenseite die Einnahmen übersteigen, haben die SteuerzahlerInnen die Differenz zu zahlen. Mögliche Ausrichterstädte versuchen daher nicht nur, eine Deckungsfähigkeit im OCOG-Budget auszuweisen, sondern sogar das Budget so zu entlasten, dass am Ende hübsche kleine schwarze Zahlen herauskommen, denn auch dies ist vom IOC gewünscht. Dieser Überschuss, den seit Barcelona 1992 alle Ausrichter ausgewiesen haben, wird vom IOC unter nationalen und internationalen Sportverbänden verteilt.⁴⁹ Im Gegensatz zum OCOG-Budget müssen die deutlich kostspieligeren Ausgaben aus dem NON-OCOG-Budget und die nicht-olympiabedingten Kosten in voller Höhe von der öffentlichen Hand getragen werden.

Abb. 4: Budgetabgrenzung des IOC ab 2012

OCOG-Budget		Non-OCOG-Budget	[Nicht-olympiabedingte Kosten]
Einnahmen	Ausgaben	Ausgaben	Ausgaben
IOC-Beteiligung	Sportwettbewerbe	Sportstätten	z.B.
Nationale Sponsoren	Olympisches Dorf	Olympisches Dorf	Straßenbau
Lizenzen	Sportwettbewerbe	Beherbergung	Schienebau
Ausstatter/Lieferanten	Übertragungszentrum	Verkehrsinfrastruktur	Wohnungs(um)bau
Münzprogramm	Pressezentrum	Sicherheit	Landschaftsumgestaltung
Briefmarken	Zeremonien	Umwelt	
Lotterien	Programme	Stadtreinigung	
Eintrittskarten	Medizin. Versorgung	Medizin	
Spenden	Verpflegung	(Paralympics)	
Verkauf	Transport/Fahrdienste		
Vermögensgegenstände	Sicherheitsausgaben		
Zuschüsse	Paralympics		
Sonstige Einnahmen	Werbung/Promotion		
	Verwaltung		
	Versicherung		
	Vorolymp. Wettkämpfe		
	Sonstige Ausgaben		

Quelle: Maennig / Eigene Ergänzungen

Diese Budgetierungspraxis führt letztendlich dazu, dass nicht sauber zwischen investiven, operativen und organisatorischen Kosten unterschieden werden kann. Kritiker vermuten, dass dies eine schon länger praktizierte Absicht zur Verschleierung der tatsächlichen Kosten für

⁴⁹ Weinreich, Jens: Was kosten die Spiele? Auf die Frage aller Fragen geben Leipzigs Olympiaplaner noch keine überzeugende Antwort, in: Berliner Zeitung, 14. Januar 2004

die Ausrichtung Olympischer Spiele ist.⁵⁰ Insgesamt lässt sich nicht nachvollziehbar rechtfertigen, weshalb die SteuerzahlerInnen bei negativer Bilanz (bei den OCOG-Kostenstellen) sowohl für die mit der Durchführung verbundenen Kosten bezahlen müssen, als auch für die deutlich höheren Kosten aus dem NON-OCOG-Budget. Schließlich sind u.a. funktionierende Sportstätten, das Olympische Dorf oder eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur eine unerlässliche Grundlage, ohne die die Durchführung der Olympischen Spiele unmöglich wäre. Fragwürdig ist auch, weshalb bspw. nicht minder kostspielige Posten wie Sicherheit oder Stadtreinigung einseitig der Öffentlichkeit aufgebürdet werden, da sie unmittelbar mit der Durchführung der Spiele zusammenhängen. Letztlich scheint die willkürliche Budgetierung eine politische Entscheidung zu sein, um tatsächliche Kosten für die öffentliche Hand möglichst gering darzustellen und die Bewerbung bzw. Durchführung zu rechtfertigen.

Multinationale Konzerne und Finanzwirtschaft

Im internationalen Marketingprogramm des IOC versteckt sich der Goldesel der Spiele: das weltweite Lieferanten- und Lizenzprogramm. Konzerne wie Coca-Cola, McDonald's oder Procter & Gamble bekommen hier exklusive Rechte, um Produkte während der Spiele gewinnbringend abzusetzen. Wie viel jedes einzelne Unternehmen dabei an das IOC überweist, wird unter Verschluss gehalten. Welch privilegierte Stellung den Sponsoren eingeräumt wird, zeigt die Verpflichtung der Ausrichterstadt, die das IOC vertraglich festsetzt: Die Stadt sichert den Sponsoren zu, dass sie ihre „kommerziellen Zielsetzungen im Gastgeberland erreichen können“. Praktisch bedeutet das, dass das Organisationskomitee jede Grillwurst und jedes Getränk bei den ausgewählten Lieferanten kaufen muss.⁵¹ Zum Schutz der Sponsoren ist es anderen Unternehmen oder Kleinhändlern unter Androhung hoher Strafen verboten, innerhalb bestimmter Bannmeilen Geschäfte zu machen. Die rechtliche Grundlage liefert der Gesetzgeber, beispielsweise verabschiedete die Londoner Regierung 2006 den vom IOC geforderten „Olympic Games and Paralympics Act“, der die Marke Olympia und die Sponsoren von geschäftsschädigender Konkurrenz schützt. Die „privilegierte Partnerschaft“ zwischen offiziellen Sponsoren und der Olympia-Familie führt zu skurrilsten Aktionen: So mussten wegen der Markenvorschrift bei den Spielen in London sämtliche Fabrikationsnamen des Toilettenporzellans im Olympischen Dorf überklebt werden.⁵² Der Vollzug der Sponsorenschutzgesetze wird von einer Art „Markenpolizei“ sichergestellt, die bei Bedarf Logos von Firmen überdeckt, die nicht bezahlt haben. In London sollen dafür 300 Spione eingesetzt worden sein.⁵³ Markenexperte Thomas Otte beschreibt dieses Vorgehen der Sponsoren zwar als legal, aber nicht legitim: *„Es ist ein erschreckender Beweis für die Macht der Marken, dass sogar der Gesetzgeber das Knie beugt. Die Wahrung kommerzieller Interessen ist verständlich, das beinahe militärische Bedürfnis keine anderen Flaggen im eigenen Reich zu dulden, geht aber zu weit. [...] Starke Marken haben die Macht, das Denken, Handeln und Fühlen der Menschen zu versklaven.“* Der Rechtsexperte Paul Jordan äußerte gegenüber dem britischen Guardian, dass auch Zuschauer sich strafbar machen könnten, die Fotos machen und privat verbreiten: *„Bei strenger Auslegung der Gesetze ist es durchaus vorstellbar, dass das Internationale Olympische Komitee durchsetzen könnte, dass das Posten von Bildern bei Facebook unmöglich wird.“*⁵⁴

⁵⁰ Hamberger, Sylvia et al.: Bewertung der geplanten Bewerbung für Olympische Winterspiele „München 2022“ durch das Netzwerk Nolympia, 5. August 2013

⁵¹ Riedel, Katja: „Wer die Spiele will, muss ein paar Kröten schlucken“, in: Süddeutsche Zeitung vom 7. November 2013

⁵² Haaß, Wolfgang: Die Profiteure der Ringe, in: die bank – Zeitschrift für Bankenpolitik und Praxis

⁵³ Thibau, Matthias: Olympia-Markenschutz treibt verrückte Blüten, Handelsblatt vom 27. Juli 2012

⁵⁴ Vgl. Nachrichtenagentur presstext vom 18. April 2012: Olympische Spiele: Marken knechten Zuschauer. Antisoziale Regelungen machen Posten von Privatfotos strafbar. Abgerufen auf

Welche Vorteile es für Unternehmen und Konzerne haben kann, Sponsor der Olympischen Spiele zu sein, zeigt allein das Engagement der Firma Visa. Die Kreditkartengesellschaft hat sich langfristig als Hauptsponsor gebunden und erhofft sich Rekordumsätze durch gestiegene Konsumausgaben während der Austragung der Spiele. Naheliegend ist das Engagement von Sportartikelherstellern: Bei den Londoner Spielen vermeldete Adidas, dass bei jeder Goldmedaille des Gastgeber-Teams die Verkäufe der entsprechenden Artikel um 200 Prozent in die Höhe geschossen seien. Adidas trat als nationaler Sponsorenpartner der Londoner Spiele auf und rüstete insgesamt elf NOKs aus und lieferte u.a. Sportbekleidung und Ausrüstungsgegenstände für 25 der 26 olympischen Sportarten. Insgesamt verbuchte der Konzern in Großbritannien allein im ersten Quartal noch vor der Austragung eine Umsatzsteigerung von 19 Prozent.⁵⁵ Schon während der Spiele in Peking expandierte der fränkische Konzern und kündigte die Entstehung von 3000 zusätzlichen Adidas-Filialen bis 2010 an.⁵⁶ Neben Adidas profitierten im Segment der Sportartikelhändler auch andere Firmen. Evans Clyde beispielsweise steigerte seinen Umsatz um 35 Prozent, die Einzelhandelsketten Halfords und John Lewis verkauften nach Siegen der britischen Schwimmmannschaft in einer Woche 77 Prozent mehr Badehosen und 44 Prozent mehr Schwimmbrillen.⁵⁷ Der Konsumgüterriese Procter & Gamble, der durch die Winterspiele in Vancouver im ersten Quartal 2010 knapp 100 Millionen Dollar mehr als im Vorjahreszeitraum umsetzte, hat sich bis mindestens 2020 als Hauptsponsor verpflichtet. Mary Ferguson-McHugh von der Konzernführung macht deutlich, welchen Stellenwert das Engagement als Sponsor für die Winterspiele 2010 für den Marktführer hatte: *„Danach haben die die höchsten Marktzuwächse seit langem erlebt. [...] Die Partnerschaft mit dem Olympischen Komitee ist auch jetzt ein wichtiges Element, um unsere Ziele in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu erreichen.“*⁵⁸ Neben den Topspensoren sahen auch Hersteller von TV-Geräten, Serviceanbieter wie Fernsehsender, Ticket- und Sportrechte-Vermarkter kräftig ab. Nennenswerte Unternehmensgewinne durch den Anstieg der Übernachtungszahlen werden erwartungsgemäß auch vom Hotelgewerbe erzielt. In London stiegen im Februar 2012 beispielsweise die Zimmerpreise mit 6,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr europaweit am stärksten. Die erhöhte Nachfrage ermöglicht den Hotels, Mindestaufenthaltszeiten und striktere Stornierungsbedingungen durchzusetzen.⁵⁹ Ähnlich verhält es sich mit der Vermarktung von Athletinnen und Athleten sowie ganzen Sportarten. Sponsoren haben ein finanzielles Interesse am Erfolg einzelner vertraglich verpflichteter Sportler bzw. an ganzen Sparten. Es ist daher nicht ungewöhnlich, dass sich beispielsweise der Sportartikelhersteller Puma über die drei Goldmedaillen des jamaikanischen Spitzensportlers Usain Bolt besonders freut, insbesondere weil das Logo des Turnschuhherstellers ständig im Blickfeld der Kameras war und so einem Millionenpublikum vorgeführt werden konnte. Im Gegenzug profitieren erfolgreiche Sportlerinnen und Sportler von der Erhöhung des Marktwerts: Die deutschen Beachvolleyballer Julius Brink und Jonas Reckermann steigerten im Verlauf der Spiele 2012 ihren Wert laut der Frankfurter Sponsorenberatung Advant Planning um etwa 20 Prozent.⁶⁰

Von besonderem Interesse sind Olympische Spiele auch für Konzerne wie Siemens. Sie profitieren in besonderem Maße von den Infrastrukturmaßnahmen, die vor der Austragung der Olympischen Spiele anfallen. Für die Spiele in Sotchi bekam der Siemens-Energiesektor

<http://www.presstext.com/news/20120418018>

⁵⁵ Adidas will mit Olympia Marktführer werden. Handelsblatt vom 22. Mai 2012.

⁵⁶ Krause, Kora-Cora: Sportjahr macht Adidas attraktiver, in: Handelsblatt vom 12. März 2008

⁵⁷ Politik, Sponsoren, Athleten. Wer mit Olympia Gewinne macht. Handelsblatt vom 14. August 2012.

⁵⁸ Slodczyk, Katharina: Procter & Gamble zeigt zu Olympia sein eigenes Gesicht, in: Handelsblatt vom 17. Januar 2012

⁵⁹ Haaß, Wolfgang: Die Profiteure der Ringe, in: die bank – Zeitschrift für Bankenpolitik und Praxis

⁶⁰ Lohmüller, Jürgen: Gewinnmaschine Olympia. DIE LINKE. Kreisverband München, 25. April 2013

Aufträge von mehr als 125 Millionen Euro für Turbinen und Generatoren, mit deren Hilfe Leistungen des Kraftwerkes in Sotchi für die Spiele verdoppelt werden sollten. Insgesamt summierte sich schon vier Jahre vor der Austragung der Winterspiele in Russland das Auftragsvolumen im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen auf 700 Millionen Euro, u.a. erhielt das Unternehmen den Zuschlag für die Lieferung von 54 Regionalzügen zur Abwicklung des Verkehrs. Für Technik- und Baukonzerne sind besonders Austragungsorte mit schwacher Infrastruktur interessant, da wie im Falle Sotchis die gesamte Infrastruktur praktisch komplett neu aufgebaut werden muss.⁶¹

Die Zahl der Profiteure Olympischer Spiele bleibt allerdings nicht auf die realwirtschaftende Unternehmen begrenzt. Auch die viel kritisierte Finanzwirtschaft, Auslöser der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, versucht vom Sog der Spiele zu profitieren. Auf dem Börsenparkett erzielen (Groß-)Aktionäre für Aktien der beteiligten Konzerne regelmäßig satte Kursteigerungen, die auf das Engagement Olympias zurückzuführen sind.⁶² Seit Barcelona 1992 verbuchen insbesondere TOP-Sponsoren wie Coca-Cola oder McDonald's jeweils kurz vor und während der Spiele deutliche Kursgewinne. Eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung kommt anhand von Daten Olympischer Sommerspiele zum Schluss, dass die nationalen Börsenindizes in den ersten fünf Tagen nach Bekanntgabe des Ausrichters signifikante Überrenditen erzielen.⁶³ Dass die Spiele erst sieben Jahre nach der Bekanntgabe der Ausrichter stattfinden und die kurzfristigen Kurssteigerungen rein spekulativ sind, scheint Anleger bekanntermaßen nicht abzuhalten.

Doch dies reicht der Finanzwirtschaft noch lange nicht: Hochkomplexe *Finanzprodukte* wie Zertifikate werden im Zusammenhang mit Sportgroßveranstaltungen wie Fußball-Weltmeisterschaften oder Olympischen Spielen emittiert, die dann höchstmögliche Renditen erzielen sollen. Diese Form der Finanzprodukte gilt teilweise als Auslöser der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise und ist noch bis heute nur rudimentär einer Regulierung unterworfen.⁶⁴ Im Zusammenhang mit Olympia sind besonders Event- bzw. Sport-Zertifikate zu erwähnen, die von Banken angeboten werden. Diese bestehen zumeist aus Aktientiteln, die von der Vergabe von Aufträgen im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen profitieren könnten bzw. unmittelbare von der Austragung profitieren, beispielsweise Sportwettenanbieter oder Hotelketten. Die Krisenbank Lehman Brothers zum Beispiel bot vor ihrer Insolvenz ein Zertifikat für die chinesischen Spiele namens „Peking 2008 Express Zertifikat“ an.⁶⁵ In Deutschland haben Sport-Zertifikate spätestens seit den 2000ern eine zweifelhafte Tradition erlangt. So emittierte zum Beispiel die landeseigene Bank Nordrhein-Westfalens, die WestLB, 2005 anhand von Ausschreibungsunterlagen für sich bewerbende Lieferanten und Dienstleister einen Korb von zehn nationalen Aktientiteln mit dem Namen „London-2012-Select-Basket“.⁶⁶ Zum Ende der Laufzeit betrug der Wert nur noch etwa 90 Prozent des Emissionspreises, was einen Verlust von nahezu zehn Prozent der Investitionssumme bedeutet. Besonders pikant: Im Gegensatz zu Aktienfonds beispielsweise unterliegen Zertifikate nicht der Einlagensicherung. Geht die Bank pleite, wie im Falle der Lehman Brothers, ist das Geld weg. Das gleiche Schicksal hätte auch Anlegern der staatlichen WestLB gedroht, wäre der Steuerzahler nicht für die hochspekulativen und intransparenten Geschäftspraktiken aufgekommen.

⁶¹ Höpner, Axel: Siemens profitiert von Olympia in Sotchi, in: Handelsblatt vom 23. März 2010

⁶² Vgl. Schnell, Christian: Anleger profitieren von Fußball und Olympia, in: Handelsblatt vom 10. September 2008

⁶³ Vgl. Haaß, Wolfgang: Die Profiteure der Ringe, in: die bank – Zeitschrift für Bankenpolitik und Praxis

⁶⁴ Dies gilt insbesondere für Derivate, die außerbörslich gehandelt werden, siehe *Over The Counter-Trades*.

⁶⁵ Olympia-Hoffnung. Handelsblatt vom 23. August 2007

⁶⁶ WestLB: Basket-Zertifikat setzt auf Olympia-Boom. Handelsblatt vom 11. Oktober 2005

Von Befürwortern der Olympischen Spiele werden regelmäßig die *volkswirtschaftlichen Vorteile* für die Ausrichter hervorgehoben. Auch die Londoner Regierung erhoffte sich langfristige wirtschaftliche Impulse von den Spielen. Premierminister David Camerons damalige Prognose, innerhalb von vier Jahren 16,5 Milliarden Euro (davon sechs Milliarden aus dem Ausland) an Einnahmen durch Investitionen zu generieren, wirkte aus Sicht von Experten schon damals übertrieben. Selbst wenn diese Erwartung stimmen würde, hätten die Olympischen Spiele jährlich nur 0,2 Prozent zum Wachstum beigetragen, was nicht mal annähernd reichen würde, um die Folgen der britischen Sparpolitik und die Eurokrise abzumildern.⁶⁷ Trotz Olympia-Investitionen schrumpfte die britische Wirtschaft im zweiten Quartal im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Prozent.⁶⁸ Studien kommen – um am Beispiel Londons zu bleiben – sogar zum Schluss, dass Olympia keinen positiven Effekt auf die Wirtschaft hat. So bewertet zum Beispiel die Investmentbank Goldman Sachs, dass der Nettoeffekt durch die Spiele praktisch gleich null ist. Auch die Ratingagentur Moody's kommt fast zu gleichen Schlüssen: Zwar würde das BIP im dritten Quartal durch Ausgaben für Olympia-Tickets leicht steigen, allerdings würden sich positive und negative Effekte weitgehend aufheben.⁶⁹ Wolfgang Haaß, Abteilungsdirektor beim Bundesverband deutscher Banken, bewertet das Wirtschaftswachstum unter Bezugnahme des Kreditkartenanbieters Visa wie folgt: „*So beeindruckend die Zahlen auf den ersten Blick erscheinen mögen: Bei einem BIP-Volumen von 1,87 Billionen Euro macht der errechnete Anstieg der britischen Wirtschaftsleistung pro Jahr bis 2015 gerade einmal 0,09 Prozent aus und wird damit in keiner sonstigen Statistik auftauchen.*“⁷⁰

Für die Tourismuswirtschaft, die einen beträchtlichen Teil der Einnahmen generieren soll, ist Olympia sogar schädlich, da wie im Falle Londons Touristen gerade wegen der Spiele wegbleiben. Auch China verzeichnete 2008 sinkende Besucherzahlen aus dem Ausland und in der australischen Metropole Sydney, wo die Spiele 2000 ausgetragen wurden, blieb der Olympia-Aufschwung komplett aus. Die Zahl der ausländischen Gäste schrumpfte in den folgenden drei Jahren sogar.⁷¹

Trotz oder wegen den wirtschaftlichen Realitäten veröffentlichte das britische Handels- und Investment-Amt (UKTI) 2013 völlig irreführende Zahlen: So gab die Behörde an, dass die Londoner Spiele einen zusätzlichen Umsatz von 15,5 Milliarden Euro erzeugt hätten und die Stadt nach Abzug der Investitionen (gemeint sind nur die OCOG-Kosten) sogar in der Gewinnzone liege. Die Zahlen halten einer seriösen Überprüfung allerdings schwer stand. Die BBC kritisierte, dass in dem Dossier Daten des ungefähren Umsatzes fehlen, der gemacht worden wäre, wenn die Spiele gar nicht stattgefunden hätten und die Regierung stattdessen jegliche Ankündigungen eines neuen Businessdeals während der Spiele in die Zahlen mitgerechnet habe. Es reiche schon, „wenn ein Repräsentant einer Firma bei einem der zahlreichen Businessempfänge im Rahmen der Spiele anwesend war und schon wurden die von dessen Firma angekündigten Investitionen in Großbritannien ‚als durch die Spiele entstanden‘ mitgezählt.“ Selbst der Minister der UKTI gestand ein, dass man eher von einem Katalysatoreffekt sprechen kann und nicht dieselben Standards angesetzt wurden wie beispielsweise bei Berechnungen des Staatsetats.⁷²

⁶⁷ Null Wachstum für Großbritannien. Olympia hilft London nicht. ntv.de vom 11. August 2012

⁶⁸ Hedtstück, Michael: Kein Olympia-Effekt für britische Wirtschaft, in: finance-magazin.de, 2. August 2012

⁶⁹ Rasonyi, Peter: Falsche Hoffnungen in Olympia, in: Neue Züricher Zeitung vom 13. August 2012

⁷⁰ Haaß, Wolfgang: Die Profiteure der Ringe, in: die bank – Zeitschrift für Bankenpolitik und Praxis

⁷¹ Theurer, Marcus: Briten fürchten Olympia-Delle im Tourismus, in: faz.net, 2. Januar 2012

⁷² Zylbersztajn, Daniel: Unschlagbar im Schönfärben, in: taz.de, 21. Juli 2013

Fazit

- Hauptprofiteur der Olympischen Spiele ist in erster Linie die olympische Familie selbst (IOC, NOKs, OKs etc.). Sie delegiert mit rechtlich fragwürdigen Vertragsinhalten sämtliche Kosten und Risiken an die öffentliche Hand und schöpft dabei die profitabelsten Bereiche ab.
- Neben der olympischen Familie profitieren zahlreiche Unternehmen und die Finanzwirtschaft von den Spielen. Die Exklusivität der mit dem IOC kooperierenden Unternehmen verzerrt dabei sogar den Wettbewerb zulasten regionaler kleinerer und mittlerer Unternehmen.
- Volkswirtschaftliche Vorteile durch die Ausrichtung der Spiele sind nur marginal zu verzeichnen. Rechnet man die für die öffentliche Hand getätigten Investitionen (NON-OCOG und nichtolympiabedingten Kosten) dazu, ist der Kosten-Nutzen-Effekt mit großer Wahrscheinlichkeit negativ. Auch ist längst belegt, dass die Spiele weder Beschäftigung noch Einkommen steigen lassen.
- Auch ohne die Austragung Olympischer Spiele sind strukturelle Investitionen möglich. Das Argument, beispielsweise durch PPP-Konzeptionen private Investitionen zu generieren, wirkt sich nachteilig auf die öffentliche Hand aus.
- Die Breitensportliche Wirkung der Olympischen Spiele für die Bevölkerung ist gering. Durch zielgerichtete Investition in Sportarten, in denen ein Medaillen-Ertrag wahrscheinlich ist, werden weitgehend Sportarten gefördert, die von kaum jemandem ausgeübt werden. Diese Entwicklung ist sogar noch fataler, wenn sie – wie im Falle Londons – mit der Ausrichtung die Privatisierung öffentlicher Sportflächen einhergeht.⁷³

Hamburg reif für Olympia? Ein Ausblick

Unter den gegenwärtigen Bedingungen und Vorgaben des IOC wäre die Ausrichtung der Olympischen Spiele für Hamburg extrem risikoreich und kostspielig. Deshalb wurde frühzeitig eine *Kooperation mit Berlin* ins Gespräch gebracht, um so insbesondere die Kosten für Bau und Sanierung von Sportstätten gering zu halten. Das Problem dabei: Das IOC akzeptiert unter den jetzigen Statuten keine *Flächenbewerbung*. Ohne eine Reform der IOC-Statuten, deren Durchsetzung vom IOC-Präsidenten Thomas Bach („Agenda 2020“) erhofft wird, müsste Hamburg nach vorsichtigen Schätzungen einen mittleren bis hohen dreistelligen Millionenbetrag, wahrscheinlich sogar Milliarden für den Bau u.a. eines obligatorischen Olympiastadions, einer Schwimmhalle und eines Radstadions bezahlen; Kostenexplosionen bei Großprojekten nicht einmal eingerechnet. Zudem stellt sich die Frage nach einer sinnvollen Nachnutzung und den Folgekosten durch Betrieb und Instandsetzung. Hinzu käme ein kostspieliges Olympisches Dorf, das danach zwar in Wohnraum umfunktioniert werden könnte, aber angesichts des Festhaltens an der Politik des hochpreisigen Wohnraums kaum

⁷³ Besonders entlarvend ist, dass bspw. die Hälfte der Medaillengewinner der unter Ausschluss der im Ausland aufgewachsenen britischen Sportler eine Privatschule besucht haben, obwohl nur 7% der Kinder aus GB in den Genuss dieses teuren Privileges kommen. Vgl. Rasonyi, Peter: Falsche Hoffnungen in Olympia, in: Neue Züricher Zeitung vom 13. August 2012.

etwas zum sozialen Ausgleich beitragen würde. Wie der Senat und andere Oppositionsparteien vor dem Hintergrund der Schuldenbremse solche Ausgaben finanzieren wollen, steht im Raum.

Unter dem Nachhaltigkeitsaspekt plädieren daher Sportsenator Neumann und andere potenzielle Befürworter für eine solche Reform des IOC. Dass ein solcher Reformprozess im konservativen IOC überhaupt durchzusetzen ist, ist mehr als fraglich, zumal es bei etablierten *brands* um Profite im Milliardenbereich geht, von denen sich Weltsportverbände und nationale Gliederungen finanzieren. Fest steht allerdings, dass ein solcher Prozess mehrere Jahre dauern würde. Insider rechnen mit grundlegenden Ausschreibungsänderungen frühestens für die Spiele 2028, eher sogar für 2032.⁷⁴ Dies scheint den Senat und andere Akteure aber nicht davon abzuhalten, bereits frühzeitig in Planungen für die Bewerbung einzusteigen. Neben der Ankündigung, die Hamburger Bevölkerung voraussichtlich zur Bürgerschaftswahl 2015 über die Bewerbung für 2024 abstimmen zu lassen, wurde eine *Machbarkeitsstudie* in Auftrag gegeben, die eine Risikoeinschätzung beinhaltet. Dass eine solche betriebswirtschaftliche Analyse kritische Fragen aufwerfen wird, ist unwahrscheinlich. Oftmals werden solche Machbarkeitsstudien zur Rechtfertigung von bereits in der Vorplanung befindlichen Projekten missbraucht, so dass nicht davon auszugehen ist, dass eine solche Analyse Auswirkungen auf die Entscheidung haben wird, zumal der Senat und Sportfunktionäre sich mehrfach unmissverständlich zugunsten der Ausrichtung ausgesprochen haben. So wurde beispielsweise mehrfach konkret über Projekte und mögliche Standorte wie einen Olympia-Park auf dem Kleinen Grasbrook oder eine Kooperation mit der Küstenregion zur Austragung der Wassersportwettkämpfe oder gar mit Kopenhagen sinniert, noch bevor handfeste Tatsachen vorliegen. Außerdem liegen Konzepte der Hamburger Bewerbung von 2002 bzw. 2003 für die Sommerspiele 2012 vor, die lediglich optimiert bzw. aktualisiert werden müssten.

Wie sehr sich die herrschende Politik an den Wünschen der Wirtschaftslobby orientiert, wird an der Haltung der SPD-Regierung deutlich. Während Regierungsfraktion und Senat sich direkt nach dem Scheitern der Münchner Bewerbung um die Winterspiele bedeckt hielten und sich tendenziell gegen eine Bewerbung für die Spiele 2024 aussprachen, werden die Zügel nun recht schnell angezogen. Handelskammer und Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut pochen medienwirksam und in Begleitung von Veranstaltungen auf eine frühe Bewerbung, obwohl die Chancen für eine frühe Austragung 2024 ohnehin unrealistisch sind: Nach Rio de Janeiro 2016 und Tokio 2020 gelten nach der IOC-Arithmetik US-Städte als aussichtsreiche Kandidaten; somit würde Olympia erst 2028 nach Europa zurückkehren. Als aussichtsreiche Kandidaten gelten dann Metropolen wie Paris oder Madrid, mit denen das vergleichsweise kleine Hamburg konkurrieren müsste.

Der Senat hält also entgegen jeder Vernunft an einer Bewerbung fest und wird zukünftig gerade im Bereich der *public relations* sein Engagement vertiefen. In diesem Rahmen sind auch Infrastrukturmaßnahmen wie die aktuellen Pläne des Senats zum Bau einer neuen U-Bahnstrecke (U 5) oder die von der schleswig-holsteinischen Landesregierung ins Gespräch gebrachten Ausbauprojekte A 7, A 20, S 4 oder S 21 zu verstehen. Denn: Die Befürworter der Olympischen Spiele werden vor dem Hintergrund der zunehmenden Olympia-Skepsis versuchen, große Infrastrukturmaßnahmen in Zusammenhang mit einer Olympia-Ausrichtung zu bringen und mit dem Argument, finanzielle Ressourcen außerhalb des Hamburger Finanzetats zu generieren, eine Rechtfertigung für eine solche Austragung zu finden. Dass diese Projekte im Detail durchaus kritikwürdig sind und auch ohne die Austragung der Olympischen Spiele zu realisieren wären, spielt offenkundig eine untergeordnete Rolle. Mit

⁷⁴ Grünberg, Rainer: Gemeinsame Spiele mit Berlin? In: Hamburger Abendblatt, 20. Januar 2014

dem Argument, der Metropolregion einen wirtschaftlichen Schub zu geben, wird damit versucht werden, eine positive Grundstimmung zu erzeugen. Unabhängig vom Sinn oder Unsinn der jeweiligen Projekte wäre Hamburg mit milliarden schweren Schulden belastet, die aufgrund der unsinnigen Schuldenbremse zwangsläufig zu Kürzungen in der sozialen Infrastruktur führen müssten.

Dass die Ausrichtung der Olympischen Spiele ein Milliardengrab sein kann und Hamburg an den Rand der Insolvenz bringen könnte, steht außer Frage. Doch auch die Bewerbungskosten sprengen jeglichen nachvollziehbaren Rahmen. So gab Hamburg allein für Bewerbungen im Bereich der Sportgroßveranstaltungen seit 2010 etwa vier Millionen Euro aus, davon unter anderem 1,1 Millionen für die Schwimmweltmeisterschaften 2013 und 2,25 Millionen für die Studenten-Universiade 2015. Die meisten der Bewerbungen waren – wie die genannten Events – erfolglos; die Vergabe ging an andere Städte. Während Kindern und Jugendlichen der Rabatt für Eintrittskarten gestrichen wird und Preise des städtischen Schwimmbadbetreibers Bäderland kontinuierlich steigen, werden so Millionen an Steuergeldern für wenig Breitensportwirksame Events verschwendet, die dann nicht einmal stattfinden.⁷⁵ Dabei werden die Bewerbungskosten für Olympia bei weitem mehr kosten. Hierfür genügt ein Rückblick ins Jahr 2003: Damals scheiterte Hamburg bei der nationalen Vorausscheidung für die Austragung der Sommerspiele 2012 an Leipzig. Die städtische Bewerbungsgesellschaft „Hamburg für Spiele 2012 GmbH“ machte einen Verlust von 10,1 Millionen Euro.⁷⁶ Eine ähnliche nationale Bewerbung gegen Berlin wird voraussichtlich deutlich mehr kosten, von der zweiten, internationalen Runde mal ganz abgesehen. Dabei ist nicht auszuschließen, dass Berlin als Hauptstadt mit besserer Sportstättenausstattung und Infrastruktur das Rennen machen wird. Da Berlin auf eine Bewerbung für die Spiele 2012 verzichtete und damit als Konkurrent ausschied, waren damals die Chancen im nationalen Auswahlverfahren tatsächlich sogar höher als heute.

Die andauernden Proteste im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2014 und der Olympischen Spiele 2016 in Brasilien sind Ausdruck einer breiten Unzufriedenheit mit der Verschwendung öffentlicher Gelder für Sportgroßveranstaltung. Aber auch in Deutschland gibt es eine tief verwurzelte Grundstimmung gegen Olympia: In Berlin, das sich für die 2000er-Spiele bewarb, zogen in einem Protestmarsch unter dem Motto „Olympia und tschüs“ 1993 etwa 15.000 GegnerInnen der Ausrichtung durch die Stadt. Die deutsche Politik hat daraus Schlüsse gezogen und versucht seitdem, mittels besserer und ausgeklügelter PR-Strategien eine positive Stimmung für die Ausrichtung zu erzeugen. In Hamburg verschleuderte der CDU-Schill-FDP-Senat den Großteil des Bewerbungsbudgets für Öffentlichkeitsarbeit, um die Stimmung nachhaltigen zu heben. In einer Senatsmitteilung von 2003 heißt es: *„Bei dem Kriterium öffentliche Unterstützung für die Bewerbungskonzeption konnte Hamburg [...] eine Zustimmung der Bevölkerung in Hamburg und der Region von zunächst 77,2 % im März 2002, 84,6 % im Januar 2003 und von 92,4% im März 2003 erreichen. Hierzu haben 62 Sportreferenzveranstaltungen und 28 regionale Veranstaltungen in Hamburg sowie 10 überregionale Veranstaltungen beigetragen [...] In gemeinsamer Arbeit der Gesellschaft [Hamburg für Spiele 2012 GmbH – Anm.] und der Werbe-, PR- und Event-Agenturen konnte [...] innerhalb von nur 12 Monaten mit 34 Pressekonferenzen, 75 Pressemeldungen, 10 Newsletter, über 8.000 regional und bundesweit erschienenen*

⁷⁵ Der SPD-Senat versuchte durch die Hintertür, den Rabatt für Kinder- und Jugendgruppen bspw. aus Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit oder Kindertagesstätten faktisch abzuschaffen. Dies konnte durch DIE LINKE zwar verhindert werden, die Erhöhung des Tarifes für die Zielgruppe um satte 50 Prozent bleibt aber bestehen. Vgl. Bürgerschaftsdrucksache 20/7224

⁷⁶ Stand Mai 2003. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Kosten für die SteuerzahlerInnen deutlich höher sind, da die Summe sich auf den in der Bürgerschaftsdrucksache 17/2905 bezogenen Liquidationsbedarf bezieht.

Printartikeln mit einer Auflage von 1,424 Mrd. und 2.284 TV- und Hörfunk-Beiträge sowie 17.861 Online-Meldungen mehr als 4 Mrd. Medienkontakte eine bundesweite Imagekampagne für Hamburg hergestellt und die Zustimmung der Bevölkerung Hamburg und der Region von 92,4% bewirkt werden.“⁷⁷ Mit anderen Worten: Die Hamburger SteuerzahlerInnen bezahlen die Propaganda selbst, durch die sie ihre Skepsis gegenüber Olympia aufgeben sollen. Dass der SPD-Senat und die beteiligte Wirtschaftslobby eine ähnliche, voraussichtlich teurere Medienkampagne starten werden, ist angesichts der auch in Hamburg wachsenden Skepsis wahrscheinlich: Seit 2003 sank die Zustimmung unter den HamburgerInnen von 93 auf lediglich 59 Prozent im Dezember 2013. Ein Indikator dafür, dass die Medienmaschinerie des Senats und der Handelskammer bereits angelaufen ist, belegen die Zahlen der Mopo-Umfrage vom Mai 2014, in der sich angeblich 64,7 Prozent für Olympia aussprechen.

Der olympische Gedanke ist ein Ausdruck der Völkerverständigung und des Friedens, der Menschen über Grenzen, Religion und Herkunft hinweg verbindet. Dieser Gedanke ist gerade in heutiger Zeit wichtiger denn je, doch wird er durch das IOC seit einigen Dekaden pervertiert. Statt der Völkerverständigung dienen Olympische Spiele heute nur noch der reinen Profitgier des IOC und multinationaler Konzerne.

DIE LINKE lehnt unter den derzeitigen Bedingungen die Austragung der Olympischen Spiele ab. Eine Reform des IOC ist vor dem Hintergrund der Kapitalinteressen einiger weniger Akteure über Jahrzehnte unrealistisch. Was Hamburg braucht, sind Investitionen in den Breitensport und Sportförderprogramme für die Masse und kein 16-tägiges Mega-Event für die Wirtschaft, das Milliarden kostet und zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler geht. Unabhängig davon kann Hamburg Investitionen in Bau und Infrastruktur auch ohne die Olympischen Spiele tätigen.

⁷⁷ Bürgerschaftsdrucksache 17/2905